



Pressemitteilung

Plenum der Oberrheinkonferenz
Pressemitteilung vom 1. Dezember 2017

Deutsch-französisch-schweizerische Oberrheinkonferenz setzt sich für Verbesserung der Schieneninfrastruktur ein und fordert kohärente grenzüberschreitende Raumentwicklung.

Die Oberrheinkonferenz, die unter der Präsidentschaft des Präfekten der Région Grand Est, Jean-Luc Marx, steht, kam heute zu ihrer 43. Plenarsitzung im „Dominicains de Haute-Alsace“ in Guebwiller zusammen. Es wurde eine Bilanz der Maßnahmen unter französischem Vorsitz gezogen. Ebenfalls unter französischem Vorsitz findet am 29. Januar 2018 die Sitzung der Regierungskommission statt, der die nationalstaatlichen Vertreter der drei Länder angehören. Im Laufe dieses Jahres konnte die Förderung der grenzüberschreitenden Ausbildung weiterverfolgt werden und es wurden daneben verschiedene weitere Schritte unternommen – etwa im Bereich des Transportwesens, der Raumordnung, der Agrarökologie und der Gesundheit.

Auf der Tagesordnung stand die Beschlussfassung zu verschiedenen Themen, wie etwa zur Transportinfrastruktur. Die Vertreter der drei Delegationen haben sich für die Wiederherstellung verschiedener unterbrochener grenzüberschreitender Schienenverbindungen ausgesprochen, um die europäische Integration und die harmonische wirtschaftliche Entwicklung der gemeinsamen Region zu fördern – insbesondere durch die Schaffung weiterer Verbindungen zwischen den beiden Korridoren „Mittelmeer-Nordsee“ und „Rhein-Alpen“.

Die Oberrheinkonferenz beschloss, mit einer Stellungnahme zum Botschaftsentwurf des Schweizer Bundesrates zum Ausbauschritt der Bahninfrastruktur 2030/35 am Vernehmlassungsverfahren teilzunehmen. Die Oberrheinkonferenz ist erfreut darüber, dass der Bundesrat die Wichtigkeit von grenzüberschreitenden Schienenangeboten erkannt hat und bereit ist, Beiträge für die Anbindung des EuroAirports, für die Elektrifizierung der Hochrheinstrecke sowie für den Ausbau der S-Bahn Strecke zwischen Basel Badischer Bahnhof und Lörrach zu leisten. Bedauert wird jedoch, dass der aktuelle Botschaftsentwurf keine Finanzierungssicherheit für das Herzstück Basel sowie keine Mittel zur Prüfung eines neuen Juradurchstichs enthält. Ohne das Herzstück können die vom Bund in die Zulaufstrecken investierten Mittel nicht ihre optimale Wirkung entfalten.

Im Bereich der Raumordnung wurde es in diesem Jahr der französischen Präsidentschaft den drei Delegationen ermöglicht, an einer grenzüberschreitenden Konsultation für den Raumordnungsplan SRADDET (schéma régional d'aménagement, de développement durable et d'égalité des territoires) teilzunehmen. Am 20. November hatte die Région Grand Est ein grenzüberschreitendes Seminar veranstaltet, an dem Vertreter aller Nachbarn teilgenommen haben: Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Schweiz, Saarland, Luxemburg und Wallonien. Die Loi NOTRé (loi Nouvelle Organisation Territoriale de la République) vom 7. August 2015

hatte den Regionen eine Reihe neuer Zuständigkeiten gewährt, zu denen auch die Raumordnung gehört. Die deutschen und schweizerischen Vertreter nahmen an diesem Prozess mit Interesse teil und haben signalisiert, weitere Beiträge zu leisten. Der Austausch statistischer Daten, der ein grundlegendes Mittel für eine nachhaltige, grenzüberschreitende Raumentwicklung ist, hat ebenso seinen ersten Anstoß erhalten.

Die für die künftige Entwicklung der Trinationalen Metropolregion Oberrhein notwendige Strategie 2030 wurde mit Blick auf die Vorbereitungen des Interreg-VI-Programms auf europäischer Ebene behandelt. So soll die Abstimmung und die Annäherung zwischen lokaler und europäischer Ebene verbessert werden, um bestehende Hürden besser überwinden zu können. Der Kooperationsraum wird so mehr und mehr die Rolle eines Labors der täglichen europäischen Integration mit und von den Bewohnern unserer Region spielen.

Ebenso hat sich das Plenum mit dem Thema der Agrarökologie auseinandergesetzt. In diesem Jahr analysierte ein trinationaler Expertenausschuss die ökologische, ökonomische und soziale Wettbewerbsfähigkeit der oberrheinischen Betriebe, vor allem in den Bereichen von Mischkulturen und Viehzucht. Die Erkenntnisse aus der vergleichenden Analyse von gesetzlichen Vorschriften, vom Stand der wissenschaftlichen Kenntnisse, von der Umsetzung der europäischen Richtlinien und der schweizerischen Regelungen im Bereich des Tierwohls und ihre Berücksichtigung in der Landwirtschaftspolitik haben so neue Kooperationsfelder eröffnet.

Die Sitzung fand ihren Abschluss mit der Vorstellung der Schwerpunkte der deutschen Präsidentschaft der Oberrheinkonferenz im Jahr 2018. Werner Schreiner, der Beauftragte der rheinland-pfälzischen Ministerpräsidentin für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wird in den kommenden zwölf Monaten die Präsidentschaft übernehmen. Zu seinen Schwerpunkten zählen unter anderem die Mobilität am Oberrhein, die territoriale Entwicklung, die Zusammenarbeit mit der Europäischen Union, das Europäische Kulturerbejahr sowie Klimaschutz und Energie.

Weitere Auskünfte:

Herr Jean-Luc Marx Präfekt der Région Grand Est, Präsident der Oberrheinkonferenz.
Sekretariat der französischen Delegation der Oberrheinkonferenz, Tel.: +49 7851 93 49 0

Frau Elisabeth Ackermann, Regierungspräsidentin des Kantons Basel-Stadt, Tel.: +41 61 267 80 47

Herr Isaac Reber, Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft, +49 7851 93 49 40

Herr Werner Schreiner, Beauftragter der Ministerpräsidentin für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit, Staatskanzlei Rheinland-Pfalz, Tel.: +49 6131 16 4068

Die Kooperation am Oberrhein – kurz erklärt



Keine andere europäische Region arbeitet grenzüberschreitend so eng und erfolgreich zusammen wie die Trinationale Metropolregion Oberrhein. Die Teilregionen Elsass, Baden, Südpfalz und Nordwestschweiz mit ihren 6 Mio. Einwohnern fügen sich zu einem gemeinsamen Kultur-, Lebens- und Wirtschaftsraum zusammen. Viele private und staatliche Initiativen fördern u.a. Mobilität, Bildung, Forschung und Umweltschutz in der Dreiländerregion.

Gestaltet und begleitet wird die Kooperation von der [Oberrheinkonferenz](#) und dem Oberrheinrat. Die Oberrheinkonferenz verbindet die Regierungs- und Verwaltungsbehörden. Sie initiiert eine Vielzahl von Projekten und forciert deren Umsetzung. Der [Oberrheinrat](#) bildet die Versammlung der politisch Gewählten; er nimmt zu wichtigen regionalen Fragen Stellung, auch gegenüber Brüssel, Paris, Berlin und Bern.